

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zingstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Gr. Zingstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6 Spaltenzeitung mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzession 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 113.

Dresden, Dienstag den 20. Mai 1913.

24. Jahrg.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an den Reichstagspräsidenten eine Interpellation über die gegen Elsaß-Lothringen geplanten Ausnahmemaße gerichtet.

In Charlottenburg sind vier Arbeiter im Kampf erkrankt.

Auch in Oelfort und Neuilly kam es zu Soldateneinsparungen gegen die dreijährige Dienstzeit.

In Valdagno in Italien kam es bei der Rekrutenaushebung zu Tumulten.

Die Italiener verloren bei Derna 7 Offiziere und 72 Soldaten. 29 Offiziere und 260 Mann wurden verwundet.

## Der Endkampf.

Die Subkommission des Reichstags, die in ihren dreitägigen Verhandlungen zu Ende April die geforderte Erhöhung der Friedenspräsenz grundsätzlich bewilligt und nur von den verlangten sechs Kavallerieregimenten drei gestrichen hat, nimmt heute ihre Arbeit wieder auf, um zunächst die Militärvorlage durchzubearbeiten und sich sodann den Deckungsfragen zuzuwenden. Am 27. Mai tritt auch der Reichstag wieder zusammen, um die Heeresvorlage in zweiter und dritter Lesung durchzubearbeiten, möglicherweise aber auch, um zugleich die dazu gehörigen Finanzgesetze unter Dach und Fach zu bringen. Zum mindesten muß, wenn die Heeresvorlage, wie geplant, schon am 1. Oktober in Kraft treten soll, die umfangreiche Ergänzung zum Etat für 1913 erledigt werden; denn die Beschlüsse über die endgültige Gestaltung des Etats, die vom Reichstag am 28. April gefaßt worden sind, werden durch die Annahme des Militärgesetzes mit der Geltung vom 1. Oktober wieder über den Haufen geworfen. Nicht bloß fast alle Posten des Militäretats erfahren dadurch eine Abänderung, sondern auch die Gesamtsumme der Ausgaben wird bedeutend erhöht und das Gleichgewicht des Haushalts durchsichergestellt. Man will sich helfen, indem man alle Kosten der Heeresreform für das Jahr 1913, einmalige und dauernde, aus dem einmaligen Beitragsbeitrag bestreift. Also muß auch dieser noch vor der Verlesung des Reichstags angenommen werden, wenn man die neue Aera nicht mit einem Riesensprung beginnen will. Nur die Deckung der dauernden Kosten vom 1. April 1914 kann bis zum Herbst dieses Jahres verschoben werden.

Die Regierung drängt auf rasche Arbeit. Sie hatte ursprünglich die Erledigung der Vorlagen bis Pfingsten gewünscht und gibt jetzt den Juniabschluss als äußersten Termin an. So schnell wird es freilich nun nicht gehen, doch ist nicht zu verkennen, daß das mit der Dauer der Verhandlungen zunehmende Verdrüssnis der Abgeordneten ihren Wünschen entgegenkommen dürfte. Unerwartete Beschlüsse ohne sorgfältige Beratung müssen vermieden werden, und sicher wird sich die sozialdemokratische Fraktion ohne Rücksicht auf den Unwillen der bürgerlichen Parteien einem Versuch der Durchschiebung widersetzen. Ein abschließendes Hinausdrängen der Entscheidung — was man mit einem bösen Fremdwort Obstruktion nennt — hätte jedoch nur dann einen Sinn, wenn die Hoffnung bestünde, daß sich die Mehrheit für die Militärvorlage im Laufe der verlängerten Verhandlungen in eine Minderheit verwandeln würde. Daß eine solche Hoffnung nicht besteht, ist genugsam bekannt.

Abgesehen von Polen und Elsaßern sind die bürgerlichen Parteien einig in der Absicht, die Militärvorlage anzunehmen. Ob bei der letzten entscheidenden Abstimmung einzelne Eingänger aus dem Zentrum und der Fortschrittlichen Volkspartei zur Opposition stehen werden, steht dahin, der Zugang wird aber nicht ausreichen, um die Vorlage zu Fall zu bringen.

Die moralische Position der bürgerlichen Zusage hat sich freilich im Laufe der letzten Wochen nur noch weiter verschlechtert. Das Austreten des Generals Quastler, die Enthüllungen Liebknechts über die Korruption des Rüstungskapitals, die friedliche Wendung der Weltlage, die Verner Konferenz, schließlich der wachsende Widerstand gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich, das alles sind Argumente von so eindringlicher Kraft, daß sie auch die glühenden Anhänger der Militärvorlage, wenn sie nur denken wollten oder könnten, zu ihren entschiedensten Gegnern hätten machen müssen. Aber die Leute wollen nicht überlegen, sie haben sich festgelegt, sie wollen auch gar nicht mehr eigentlich beraten, sondern nur noch Ja, Ja sagen, und zwar so geschwind wie möglich, um aus dieser für sie so überaus peinlichen Situation endlich einmal herauszukommen.

Die Folgen der bevorstehenden Beschlüsse, die von feigen oder gewissenlosen Abgeordneten gegen den Willen ihrer Wähler gefaßt werden, lassen sich in ihrer ganzen Schwere kaum noch voraussehen. In Frankreich äußert sich die Rückwirkung der deutschen Heeresvorlage zunächst in einer höchst verworrenen politischen Situation und in Revolzen des Militärs, das gegen die weitere Zurückbehaltung für ein ganzes Jahr leidenschaftlich protestiert.

Die neue internationale Rüstungsbewegung ist von Deutschland herborgerufen und veranlaßt. Der Wunsch, zu einer Ver-

stärkung zu gelangen, ist in Frankreich stärker als in Deutschland — siehe die Beteiligung an der Verner Konferenz —, der Widerstand gegen die neuen Rüstungen ist drüben viel lebhafter als hier zu Lande. Während drüben sehr starke und einflussreiche Gruppen, an deren Spitze eben der ehemalige Ministerpräsident Caillaux getreten ist, mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache machen, kämpft hier die Sozialdemokratie isoliert.

Zwar fehlt es in den bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags nicht an Leuten, die über die neue Militärvorlage geradezu verzweifelt sind und von ihren Wirkungen das Schlimmste befürchten, aber den Mut, Nein zu sagen, haben diese Tapferen nicht. Sie werden zetern und klagen, zum Schluss aber bewilligen, und so verdienen sie die Verachtung des Rüstungs-Oberheeres General Keim, der ihnen auf der letzten Tagung des deutschen Wehrvereins zurief: „Mögen sie kämpfen soviel sie wollen, wenn sie nur bewilligen, was wir verlangen.“

Die Sozialdemokratie wird dem Wehrverein nicht bewilligen, was er verlangt. Sie bleibt bei ihrem „Nein und dreimal Nein!“ bis zum äußersten und letzten, und sie überläßt das Urteil über ihr Verhalten mit gutem Gewissen dem deutschen Volke und der Geschichte. Die bürgerlichen Parteien haben eine furchtbare Schuld auf sich. Aber sie bringen damit auch dem Volke zum Bewußtsein, daß 110 Sozialdemokraten im Deutschen Reichstag leider noch immer viel zu wenig sind.

## Die russischen Mohammedaner.

Von unserem Korrespondenten.

rs. Wie vorausgesehen war, zeitigen die panislamitischen Dummheiten der russischen Reaktionäre recht unliebsame Blüten. Als der Balkankrieg ausbrach und die Balkanstaaten die nach Mittelalter duktende Lösung: Kreuz gegen Halbmond ausgaben, fühlten sich auch unsere panislamitischen Hege veranlaßt, ein paar gütliche Gegensprüche von sich zu geben. So sprach man am Anfang des Krieges davon, daß die Hilfe des russischen Heeres Kreuzes zunächst nur den Slawen zu gute kommen soll und daß die russischen hartnäckigen Schweltern keinen verwundeten Türken helfen dürfen, solange es, wenn auch nur einen einzigen Bulgaren, Serben, Montenegriner oder Griechen geben wird, dessen Wunden nicht verbunden sind. Man wendete sich auch an den „christlichen Gott“ und flehte ihn an, er möge den Slawen mit türkischen Blut tränken und ihn mit türkischen Leiden bedecken. Was Wunder, wenn die russischen Mohammedaner durch diese dämlichen Redensarten in ihren besseren Gefühlen sich verletzt fühlten? Und wer könnte es ihnen nicht nachempfinden, wenn sie sich durch diese ungeschönten Auftritte der Panislamisten in ihrer nationalen Ehre bedroht fühlten und an entsprechende Abwehrmittel zu denken begannen? Und denken man aber, daß in Russland mehr als 20 Millionen Mohammedaner wohnen, so wird man verstehen, daß eine solche Abwehrbewegung unter Umständen gefährliche Dimensionen und Formen annehmen kann.

Um das Dumme und Verbrecherliche der panislamitischen Hege zu begreifen, muß man noch in Betracht ziehen, daß die Mohammedaner bisher das loyalste Element der russischen Bevölkerung ausmachten. Während des Revolutionsjahres revoltierten mehr oder weniger fast sämtliche Nationalitäten, aber weder im Kaukasus, noch auf der Wolga, noch in Turkestan konnte man besonders lehrreichen politischen Charaktere bezeichnen. Die muslimantischen Kongresse, die seit dem Jahre 1905 datieren, beschäftigten sich fast ausschließlich mit konfessionellen und kulturellen Fragen und die wenigen muslimantischen Delegierten der dritten und vierten Duma (das geliebte, von Stolypin aufgetragene Wahlgesetz nahm den Mohammedanern etwa dreißig Mandate) äußerten auch keine politischen Ansprache. Im allgemeinen sind die russischen Muslimantier frei von panislamitischen Tendenzen und die fortschreitende Industrialisierung und Differenzierung innerhalb der Moslems konnte einen starken Schutzwall gegen solche Bestrebungen bilden. Die inneren Gegensätze zwischen arm und reich liegen sich schon auf den Kongressen fühlen, denn schon dort war die Rede davon, daß die Muslimantier sich nicht auf nationaler oder religiöser, sondern auf sozialer Grundlage zu organisieren haben. In der zweiten Duma kam es ja auch zu einer direkten Spaltung und eine Anzahl muslimantischer Delegierten mit dem Mulla (mosammedanischer Priester) Aliflow an der Spitze bildeten eine spezielle mosammedanische „Arbeits“-Gruppe, die mit den Agrarsozialisten Hand in Hand ging. Unter solchen Umständen konnte eine panislamitische Propaganda, ein ehrlich neutrales Verhalten der russischen Bevölkerung und Regierung vorausgesetzt, keinen Boden unter den russischen Mohammedanern fassen. Sollte es aber jetzt anders gehen, so wird man dafür nur die panislamitischen Wirkkräfte und ihre Helfershelfer verantwortlich machen müssen. Sie erkennen, was sie trivial gelut haben.

Symptome gefährlicher panislamitischer Regungen sollen schon jetzt zu verzeichnen sein. Die Zeitungen berichten von einem Zirkular, das der Minister für innere Angelegenheiten an die Gouverneure verfaßt haben soll und in dem von einem „aufgerregten Zustand“ der muslimantischen Bevölkerung die Rede ist. „Die Muslimantier“, so behauptet das Zirkular, „sind sehr unzufrieden wegen der Kriegerhebung, die Russland

und die russische Regierung den Balkanstaaten gewähren ließ.“ Und es wird hinzugefügt, daß nach verschiedenen Berichten bekannt wurde, daß die Muslimantier angeblich beabsichtigt haben, im Falle eines Krieges zwischen Russland und China die Mongolen materiell und moralisch zu unterstützen. Der Minister empfiehlt deshalb eine schärfere Überwachung und man kann natürlich sicher sein, daß diese nicht ohne entsprechende „Ergebnisse“ bleiben wird. Schon in diesen Tagen konnte man von der Aushebung einer „illegalen“ Versammlung muslimantischer Studenten und in Verbindung damit von verschiedenen Verhaftungen in Kiew und Odessa erfahren. Sollte dies den ersten Schritt einer systematischen Verfolgung der Muslimantier bedeuten, so müssen wir uns auf schwere und langwierige Kämpfe gefaßt machen. Nach den Finnen, Juden, Armeniern, Polen, Letten usw. avancieren nun auch die 20 Millionen Mohammedaner in die Reihe der „anarchischen“ Bevölkerungselemente. Der russische Polizeistaat bekommt ausichtsreiche „Arbeits“-gelegenheit.

Ein charakteristisches Zeichen für die Kampfweise der Behörden gegen die Moslems scheint auch ein Fall zu sein, der in den letzten Tagen viel von sich reden machte. Da wollte ein juristisch ausgebildeter Mohammedaner sich in den Rechtsanwaltsstand aufnehmen lassen. Die Aufnahme wurde inibiert, ist aber eben — Mohammedaner ist. Bisher war dieser Umstand kein Hindernis für eine rechtsanwaltliche Laufbahn und die Zahl der mosammedanischen Rechtsanwälte ist auch keineswegs unbedeutend. Nun soll es aber anders werden und den gebildeten Moslems soll dieser Weg einer kulturellen Annäherung ebenso verweigert werden wie den Juden.

## Die Friedensverhandlungen.

In London herrscht noch immer Unklarheit. Nach einer Reutersmeldung ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Verbündeten mit Ausnahme Bulgariens bereit sind, die Friedenspräliminarien in der gegenwärtigen Form zu unterzeichnen. Man ist übereingekommen, daß die Führer der Friedensmissionen der vier Balkanstaaten am Mittwoch zusammentreten, um die vorgeschlagenen Änderungen in dem Entwurf der Friedensbedingungen im Sinne der Instruktionen, die jetzt von Belgrad und Athen eingetroffen sind, zu besprechen und um ferner über einen gemeinsamen Aktionsplan Beschluß zu fassen. Die montenegrinische Regierung hat ihre Ansichten ihren Delegierten noch nicht mitgeteilt.

Die Vorkonferenzvereinbarung wird in ihrer Mitwirkung den österreichisch-italienischen Vorschlag über die Verwaltung Albanien, der jetzt von den Mächten geprüft worden ist, besprechen.

### Die Verwaltung Skutari.

Skutari, 19. Mai. Die Agenzia Stefani meldet: Die Internationale Kommission hat einen provisorischen Municipalrat eingesetzt, den sie grundsätzlich in der gleichen Zusammensetzung aus christlichen und mosammedanischen Albanesen wie früher belieh. Die Kommission hat außerdem Maßnahmen getroffen hinsichtlich der verschiedenen städtischen Dienstzweige, namentlich auch hinsichtlich der Beleuchtung der Stadt und des Telegraphendienstes, der sich unter Überwachung durch einen aus dem (von) beteiligten Nationalitäten gewählten Offizier vollzieht. Ein italienischer Beamter zur See wurde beantragt, den Sitzungen des Municipalrats beizuwohnen. Eine Sanitätskommission, die aus zwei italienischen Ärzten, einem österreichischen Arzt, je einem christlichen und einem mosammedanischen Albanesen besteht, beschäftigt sich mit der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse der Stadt. Um für die Stadt eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern, wurde auf Eruchen des englischen Admirals das italienische Kanonenboot Ruggiera zum ständigen Verkehr auf dem Bosnastich bestimmt.

### Die bulgarisch-serbischen Differenzen.

Belgrad, 19. Mai. Im maßgebender Stelle wird erklärt, daß von dem Element der Nachricht der Auslöse Slobo, wonach Serbien in die Abtretung Monastirs an Bulgarien eingewilligt habe, deshalb Abstand genommen wurde, weil diese Nachricht angeht die Tatsache, daß die serbisch-bulgarische Grenzfrage von den beiderseitigen Regierungen noch in die Verhandlungen gezogen worden ist, gegenstandslos ist.

### Oesterreich lüdet den militärischen Grenzschutz.

Wien, 19. Mai. Die militärische Rundschau meldet, bei den Truppen in Bosnien, der Herzegovina und Dalmatien könne von Mannschaften bis zu 8 Proz. des Bestandes turnusweise Urlaub bis zur Dauer von je 14 Tagen erteilt werden.

## Deutsches Reich.

### Der Triumph der „Eindeutscher“.

Die Post fängt an, sich mit Bethmann-Hollweg und seinem Regierungssystem auszulöhnen. Erst die Wehrvorlage und nun der Anschlag gegen Elsaß-Lothringen — mit Benutzung können die allduitschen Patrioten feststellen, daß ihre politischen Ansichten mehr und mehr zu den herrschenden werden. Das einzige, was das Berliner Organ der allduitschen Hege an den durch die französische Presse rechtzeitig an die Öffentlichkeit gebrachten Vorlagen auszuheben hat, ist, daß sie so „merkwürdig lange“ auf sich haben warten lassen. Dafür hofft es aber, daß man nun doch in Berlin allmählich einsehen